

Beschluss des Landrats vom 30.11.2023

Nr. 281

34. Klimastrategie: Technologieoffenheit statt Verbote und Vorschriften 2023/451; Protokoll: bw

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, der Regierungsrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen und beantrage die Abschreibung. Eine schriftliche Begründung liegt vor.

Christine Frey (FDP) freut sich, dass Technologieoffenheit stets gegenwärtig sei und es eine gesetzliche Grundlage gebe, um sie berücksichtigen zu können. Die Postulantin ist mit dem Antrag des Regierungsrats auf Überweisen und Abschreiben einverstanden.

Simon Tschendlik (Grüne) empfindet dieses Postulat als Provokation. Es sei schon lange nicht mehr fünf nach zwölf. Es ist bereits Viertel nach eins. Dieser Umstand macht ihn sehr emotional. Wir bewegen uns in alarmierender Weise auf eine Erwärmung von 3 Grad zu. Das hat verheerende globale und regionale Folgen. Das einst verfolgte 1,5 Grad-Ziel wurde zu einem Mythos. UN-Generalsekretär António Guterres hat letzte Woche unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, dass die fehlgeschlagenen globalen Klimaschutzbemühungen ein klares Versagen der Führung sind, auch von Personen in diesem Saal. Es ist ein Verrat an den schwächsten Menschen auf dieser Welt und eine gewaltige verpasste Chance. Diese Warnung darf nicht ignoriert werden und alle sind betroffen. Der Regierungsrat zeigt in seiner Stellungnahme, dass eine klare Strategie vorhanden ist. Die Baselbieter Klimastrategie enthält viele Massnahmen zur Dekarbonisierung und zeigt eine deutliche Technologieoffenheit, ausser bei den fossilen Energieträgern. Wirtschaftssysteme brauchen klare Anreize und Rahmenbedingungen. Sie brauchen zukunftsweisende und mutige Ausrichtungen. Die dramatischen Folgen des Klimawandels werden nicht nur für uns, sondern auch für unsere Kinder und Enkel schwerwiegende Folgen haben. Es ist unsere Pflicht, jetzt zu handeln und nachhaltige Wege einzuschlagen und das wurde auch getan. Die Behauptung, dass die Schweiz oder der Kanton Basel-Landschaft als Wirtschaftsstandort keinen Einfluss auf globaler Ebene haben, ist Unfug und seit langem widerlegt. Es müssen klare Rahmenbedingungen gesetzt werden, um Innovation und Forschung zu fördern – dies lässt sich auch als kleiner Kanton weltweit exportieren. Diese Rahmenbedingungen wurden im Kanton Basel-Landschaft gesetzt und werden auch umgesetzt. Es mag politisch unbequem sein, den Pfad der Energieverschwendung und nicht nachhaltigen Energiegewinnung zu verlassen. Diese Augenwischerei hilft aber niemandem weiter. Das Hinauszögern beherrzter Massnahmen und inhaltsleere Postulate sind in dieser entscheidenden Phase der Klimakrise nicht konstruktiv. Aus diesen Gründen wird die Grüne/EVP-Fraktion dieses Postulat, das sie als unnötig und kontraproduktiv erachtet, gar nicht erst überweisen.

Désirée Jaun (SP) sagt, die FDP versuche mit diesem Postulat Einfluss auf die Klimastrategie zu nehmen, die in einen breiten Vernehmlassungsprozess gegeben wurde und derzeit konsolidiert werde. Die definitive Version wird dem Landrat zur Kenntnisnahme vorgelegt, obwohl die Strategie nicht in seiner Kompetenz liegen würde. Anschliessend werden Massnahmen ausgearbeitet. Bis es also konkret wird, braucht es noch einige Schritte, zu denen sich der Landrat auch noch oft äussern kann.

Die FDP schießt aber trotzdem vorsorglich gegen die Strategie und somit auch gegen das Handeln gegen die Klimakrise. Sie setzt weiterhin auf Eigenverantwortung in einer Zeit, in der es Vorgaben braucht, um den Fortschritt weiter anzukurbeln und die Klimaziele zu erreichen. Die Strategie setzt dabei nicht nur auf eine Technologie. Somit ist die Technologieoffenheit auch nicht ge-

fährdet. Die SP-Fraktion spricht sich aus diesen Gründen ebenfalls gegen die Überweisung des Postulats aus.

Thomas Noack (SP) zitiert aus dem Postulat: *«Die nun von der Regierung im gewählten «Top-Down-Ansatz» vorgelegte Klimastrategie ist durchtränkt mit ideologisch motivierten Ankündigungen von Verboten und Vorschriften, die in vielen Teilen bedeutende Verhaltensänderungen fordert und damit stark an die Degrowth-Bewegung erinnert»*. Christine Frey und die FDP-Fraktion werden gebeten, endlich zur Kenntnis zu nehmen, dass der Klimawandel keine ideologisch motivierte Haltung ist. Die wissenschaftlichen Grundlagen, die in den unzähligen IPCC-Berichten dargelegt wurden, gehören vermutlich zu den am kritischsten begutachteten wissenschaftlichen Untersuchungen. Auch soll zur Kenntnis genommen werden, dass sich die Schweiz – und mit dem Energiegesetz übrigens auch eine Mehrheit des Landrats – zur Einhaltung der Klimaziele vom Pariser Abkommen verpflichtet hat. Jetzt geht es darum, konkrete Massnahmen zu definieren, wie dieses Ziel gemeinsam erreicht werden kann. Weiter wie bisher – das belegen alle Untersuchungen – reicht leider nicht. Anreize sind zwar wichtig, reichen allein jedoch nicht, um den CO₂-Ausstoss in genügender Menge und genügend schnell signifikant zu reduzieren. Auch soll die FDP endlich den Energieplanungsbericht des Regierungsrats zur Kenntnis zu nehmen. In diesem erläutert der Regierungsrat sehr sorgfältig, wo die Defizite sind, die in Bezug auf die Erreichung der Ziele bestehen und was die nächsten Handlungsschritte sind.

In einem Punkt hat Christine Frey recht: Es braucht Innovation und vermutlich auch eine bewusste Förderung von Innovation. Allerdings zeigt die Geschichte, dass vieles bereits erfunden ist, leider aber nicht umgesetzt wird. Beim Elektroauto handelt es sich beispielsweise nicht um eine Erfindung aus dem 21. Jahrhundert. Es ist schon lange bekannt, dass ein Elektroantrieb viel effizienter ist, als ein Verbrennungsmotor. Erst aber die Androhung eines Benzinverbots brachte Bewegung in diesen Markt.

Manuel Ballmer (GLP) hält sich kurz: Die GLP-Fraktion folgt dem Regierungsrat und wird das Postulat abschreiben.

Peter Riebli (SVP) ist verwirrt, ob des Versuchs von linker Seite, nun eine Klimadiskussion vom Zaun zu brechen. Darum geht es doch gar nicht. Es wurde ein Postulat eingereicht, mit dem der Regierungsrat aufgefordert wird, die Klimastrategie insofern anzupassen, dass sie mehr Anreize und weniger Verbote enthält. Es wird nicht einmal verlangt, dass die Strategie gar keine Verbote beinhalten darf. Es solle dafür gesorgt werden, dass jederzeit genügend preisgünstige Energie vorhanden ist. Zudem sollen die Rahmenbedingungen so gesteckt werden, dass die Privatindustrie mit innovativen Erfindungen vorangehen kann und nicht der Staat mit Mikromanagement eingreifen muss. Der Regierungsrat gab eine Stellungnahme ab, welche die PostulantIn zufriedengestellt hat und sie dazu bewogen hat, einer Überweisung und gleichzeitiger Abschreibung ihres Vorstosses zuzustimmen. Wieso wird nun von linker Seite versucht, eine Klimadiskussion vom Zaun zu brechen? Darum geht es doch gar nicht. Wahrscheinlich ist es einfach ihr Lieblingsthema. Überall wird versucht, das Klima zum Thema zu machen, obwohl es um etwas ganz anderes geht. Peter Riebli weiss gerade nicht, was der Landrat tut.

Claudia Brodbeck (Die Mitte) führt aus, in der Beratung des Energiegesetzes und auch in der Vernehmlassung der Klimastrategie habe die Mitte-Fraktion gefordert, dass eine grundsätzliche Technologieoffenheit und weniger eine Verbotskultur bestehen solle. Eine Vielzahl der in der Basler Klimastrategie vorgeschlagenen Massnahmen soll durch die zuständigen Fachstellen nach Beschlussfassung durch den Regierungsrat oder die Überweisung durch den Landrat im Detail geprüft und ausgearbeitet werden. Mit diesem Postulat wird für diesen Prozess von der zuständigen Fachstelle ein Fokus auf Technologieoffenheit anstelle eines Fokus auf Verbote und

Vorschriften gefordert. Deshalb unterstützt die Mitte-Fraktion die Überweisung und Abschreibung des Postulats.

Ursula Wyss Thanei (SP) hat gehört, dass mehr gefördert anstatt gefordert werden solle. Vor vier Jahren stand das Energiepaket zur Debatte und der Landrat hatte weniger Mittel für das Paket bewilligt, als damals von der Umweltschutz- und Energiekommission gefordert wurde. Wenn man nun wirklich keine Verbote und Vorschriften möchte, muss massiv mehr gefördert werden. Ursula Wyss ist sehr gespannt auf das Folgepaket und hofft sehr, dass die Förderung mit einer grosszügigen Alimentierung des Pakets ermöglicht wird.

Andreas Dürr (FDP) weiss nicht, was in die Mitglieder der Grüne/EVP-Fraktion gefahren ist. Offenbar erhielten sie einen Ideologieschub oder entdeckten das FDP-Bashing für sich. Das Postulat wurde eingereicht, weil die FDP-Fraktion tatsächlich der Meinung ist, dass Technologieoffenheit bestehen und die Eigenverantwortung vor die Verbotskultur gestellt werden soll. Aber das müssen Pfeile ins grüne Herz gewesen sein. Die Grünen schreckten auf, als sei Reizgas versprüht worden. Das ist nicht nachvollziehbar, zumal sich die Postulantin mit dem Vorgehen des Regierungsrats, das Postulat zu überweisen und direkt abzuschreiben, einverstanden erklärt hat. Das wäre eigentlich eine Sache von ein paar Sekunden. Peter Riebli hat recht: Manchmal weiss man wirklich nicht, in welchem Film man hier sitzt. Andreas Dürr musste sich zuerst sammeln, kann es sich aber immer noch nicht erklären. Der Vorstoss könnte eigentlich abgeschrieben werden, um anschliessend wieder zu wichtigen Dingen zurückzukehren.

Thomas Eugster (FDP) wurde auch vom Hafer gestochen: Thomas Noack hat zwar heute Geburtstag, leistete sich aber eine Frechheit. In diesem Postulat steht überhaupt nichts, was den Schluss zulässt, dass die FDP den Klimawandel leugnen würde. Es geht überhaupt nicht, dass so etwas behauptet wird. Das ist eine bodenlose Frechheit. Die FDP hat einzig betont, dass sie Anreize gegenüber Verboten bevorzugt und dass Technologieoffenheit sichergestellt sein muss. Die Stellungnahme des Regierungsrats wurde entgegengenommen und es besteht die Bereitschaft, den Vorstoss abzuschreiben. Dann können doch nicht solche Aussagen kommen.

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) bittet die Anwesenden, ihre Emotionen etwas zu zügeln und sachlich zu bleiben.

[Die Nennung des nächsten Redners durch den Landratsvizepräsidenten sorgt in Zusammenhang mit der Bitte des Landratspräsidenten für grosse Heiterkeit im Saal, die Landrat Marco Agostini ebenfalls lachend zur Kenntnis nimmt.]

Marco Agostini (Grüne) ist verwundert über die Verwunderung der bürgerlichen Seite. Es wird von Technologieoffenheit gesprochen, als es in einem vorherigen Traktandum aber um eine Biogasanlage ging, lehnte die bürgerliche Seite diese allerdings ab. Dort hätte man Technologieoffenheit demonstrieren können. Weiter ist am Ende des vorliegenden Postulats zu lesen, dass lediglich Kosten entstehen würden. Subventionen – bei denen es sich auch um Steuergelder handelt – finden aber die Unterstützung unter anderem von Peter Riebli, der sonst immer den Mahnfinger hebt, sobald es um Ausgaben des Staats geht.

An Thomas Eugster: Wenn schon, dann ist eine Frechheit, was in diesem Postulat steht. Der Inhalt ist nicht konstruktiv. Dieselbe Situation zeigte sich beim Energiegesetz. Andreas Dürr kann zudem beruhigt werden, es handelt sich nicht um FDP-Bashing – das hat sich die FDP selbst zuzuschreiben und das wird in den nächsten Monaten auch so weitergehen, bis das Energiegesetz vors Volk kommt. Die bürgerliche Seite hat vieles kaputt gemacht, was in die Wege geleitet wurde. Sie muss nun kein Mitleid von linksgrüner Seite erwarten. Klar wird darauf hingewiesen, dass es die bürger-

liche Seite ist, die all die Entwicklungen nicht möchte. Für Marco Agostini liegt aufgrund der Ablehnung des Energiegesetzes der Schluss auf der Hand, dass kein Interesse besteht, etwas an der Klimakrise ändern zu wollen. Das zeigt sich auch in diesem Postulat, weshalb Marco Agostini es nie und nimmer überweisen kann.

://: Mit 47:34 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen und mit 80:2 Stimmen abgeschrieben.
